



Doppelt gezahlt, dreifach belastet – Nein zur Verpackungssteuer

Berlin diskutiert erneut über die Einführung einer Verpackungssteuer auf Einwegverpackungen, wie Pizzakartons und ToGo-Verpackungen. Wir, der VBUW Lebensmittel und Gastronomie e.V., lehnen gemeinsam mit unseren Mitglieder aus der Gastronomie eine Verpackungssteuer ab. Denn eine kommunale Verpackungssteuer belastet kleine und mittlere Betriebe finanziell und bürokratisch, ohne dass ihr Umweltutzen belegt ist. Sie steht zudem im Widerspruch zu den Bürokratieabbau-Zielen von Bund und Land.

Unsere Position ist klar: Die Branche braucht Entlastung und keine neue Abgabe.

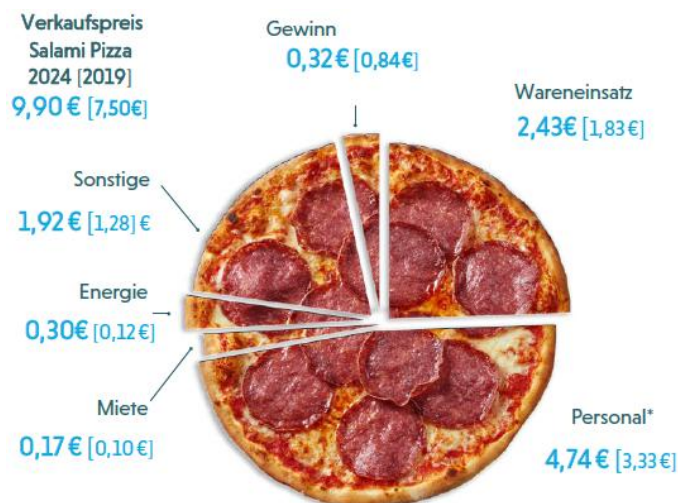
Wirtschaftliche Lage: Viele gastronomische Betriebe stehen am Rand des Abgrunds

Die Gastronomie und Lebensmittelwirtschaft befindet sich nach wie vor in einer angespannten Lage. Dabei stehen weiter steigende Lohn-, Energie- und Rohstoffkosten einem Rückgang der Gäste- und Bestellzahlen gegenüber. Die geringen Gewinnmargen können das nicht auffangen. Denn von einer Pizza, die für 9,90 € verkauft wird, bleiben dem Gastronomen nur 0,10 € bis 0,30 € Gewinn. Zu wenig für Rücklagen oder Investitionen.

Die Einführung einer Verpackungssteuer wirkt da wie ein Brandbeschleuniger, denn bereits jetzt sind viele Betriebe kaum in der Lage die hohen Kosten zu tragen. Die Steuer muss an die Verbraucher weitergegeben werden. Die Bestell- und Gästezahlen werden so weiter zurückgehen.

Eine Verpackung – dreimal zahlen

Unsere Unternehmen übernehmen Verantwortung. Denn bereits die Wahl der Rohstoffe und des Anteils an recycelten Materialien führt zu höheren Kosten. Hinzu kommt, dass Sie über die Systembeteiligungspflicht



Das steckt hinter einer Salampizza: Preisstruktur im Verhältnis zum erwirtschafteten Umsatz im Jahr 2024; Vergleichswert in 2019 jeweils in Klammern

* Viele Betriebe haben im Vergleich zu 2019 Personal reduziert, Bestellungen sind zurückgegangen

auch für die Sammlung und das Recycling der Verpackungen bezahlen und das System der Kreislaufwirtschaft mitfinanzieren. Eine Verpackungssteuer wäre dann der dritte Kostenpunkt – das alles für ein und dasselbe Produkt.

Bürokratische Indienstnahme der Betriebe

Steuerschuldner ist nicht der Gast, sondern der Endverkäufer. Das Bundesverfassungsgericht beschreibt in seinem Beschluss v. 27.11.2024, 1 BvR 1726/23 dies als Indienstnahme des Betriebs als Zahlstelle. Für jeden Betrieb bedeutet das in der Praxis: steuerliche Registrierung, laufende Steueranmeldung, Aufzeichnungs- und Meldepflichten sowie die getrennte Erfassung steuerpflichtiger und steuerfreier Verpackungen pro Verkaufsvorgang. Dieser Aufwand – Einnahme, Verbuchung, Formulare, Meldung – trifft personell ohnehin angespannte Betriebe besonders hart.

Das Müllproblem und die Krux mit der Mehrwegverpackung

Wir hören aus den Bezirken, dass Berlin mit wachsenden Müllbergen kämpft, dabei sind zu kleine und meist auch zu wenige Mülleimer das Problem. Statt dem Müll mit einer Steuer zu begegnen, sollten zunächst andere, praktische Maßnahmen ergriffen werden.

Im Bürgerpark Pankow wurden zum Beispiel größere Müllcontainer aufgestellt. Seitdem gibt es dort kein Müllproblem mehr. Solche Lösungen sind direkt und wirksam. Sie setzen am Ort des Problems an und nicht am Verkaufstresen.



Auch die mit einer Verpackungssteuer verknüpften Hoffnung, die Mehrwegalternativen zu stärken, sind reine Illusion. Denn viele Verbraucher möchten unterwegs flexibel bleiben. Sie wollen im Park sitzen, etwas essen und dann weiterziehen, ohne sich mit einer Verpackung (eine Pizzamehrwegverpackung ist durchschnittlich 37,5 cm x 33,5 cm groß) zu belasten oder diese gar noch zurückzubringen. Bequemlichkeit schlägt Umweltschutz und Nachhaltigkeit.

Hinzu kommt auch, dass es gerade für Pizza keine sinnvolle Mehrweglösung gibt. Pizza kommt direkt aus dem

heißen Ofen in die „Plastikverpackung“. Kondenswasser bildet sich und tropft auf die Pizza ab. Dies führt zu einem nicht hinnehmbaren Qualitätsverlust.

Für die Betriebe entstehen durch MEHRWEG zudem Kosten für Lagerung, Hygiene und Reinigung, Pool-Gebühren sowie die Abwicklung der Pfandbeträge. Hinzu kommt, dass nicht zurückgegebenes Pfand umsatzsteuerpflichtig wird und damit zusätzlichen Buchungsaufwand auslöst.

Ein System, dass von den Anwendern nicht als sinnvoll oder gut empfunden wird, wird sich nicht durchsetzen!

Hohe Kosten auch für das Land Berlin

Hinzu kommt, dass die Verpackungssteuer nicht nur Betriebe belastet, sondern auch die Verwaltung. Denn neue Abgaben schaffen auch neue Verwaltungsprozesse. Erfassung, Prüfung und Kontrolle erfordern Personal, dass bereits heute an vielen Stellen fehlt.

Ein Blick auf die Mindestlohnkontrollen verdeutlicht die Problematik. Hier sind zahlreiche Stellen weiterhin unbesetzt und die Kontrollen finden nur eingeschränkt statt. **In Berlin muss ein Unternehmer rechnerisch nur alle 42 Jahren mit einer Mindestlohn-Prüfung rechnen.** Wie häufig glauben Sie findet dann eine Überprüfung der Angaben für die Verpackungssteuer statt?

Und nicht zu vergessen: Berlin steht auch für seine kulinarische Vielfalt

Berlin lebt von seinen Cafés, Imbissen und Restaurants, von all den kleinen und mittelgroßen Betrieben in den Kiezen. Jede zusätzliche Abgabe erhöht das Risiko von Schließungen. Das bedeutet dann auch weniger Arbeitsplätze, weniger Auswahl und weniger Lebensqualität.

Das muss unbedingt verhindert werden!

Unser Appell

Umweltschutz braucht tragfähige Konzepte. Doch eine Verpackungssteuer ist kein geeignetes Mittel. Denn sie belastet gastronomische

Betriebe in ohnehin schwieriger Lage. Sie führt zu dreifacher Zahlung für dieselbe Verpackung. Sie schafft neue Bürokratie. Sie bindet Personal, das nicht vorhanden ist und der Müll bleibt.

Wir brauchen daher andere, pragmatischere Ansätze:

- ✓ Mehr Infrastruktur
- ✓ Größere Container
- ✓ Häufigere Leerung

Sicher im Wettbewerb.